

Mainz, 23.01.2014

Antrag **0601/2011 zur Sitzung Stadtrat am 13.04.2011**

Bebauungsplan Suderstraße (CDU)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend den Entwurf eines Beschlusses zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet Suderstraße (Mehrfamilienhäuser der Wohnbau) im Stadtteil Mombach nebst Veränderungssperre vorzulegen.
2. Ziel des Bebauungsplanes soll sein, im Plangebiet eine attraktive Mischung aus Mehrfamilien- Reihen- und Doppelhäusern sowie freistehenden Einfamilienhäusern für den kleinen Geldbeutel vorzusehen.

Begründung:

Die an der Suderstraße vorhandene Einfachstbebauung mit Mehrfamilienhäusern ist problematisch. Der Abriss und eine Neubebauung sind zu begrüßen.

Neueste Äußerungen der Geschäftsführung der Wohnbau zeigen auf, dass diese die Mehrfamilienhäuser in verdichteter Bauweise für die im Wesentlichen gleiche Zielgruppe wieder aufbauen will. Die Wohnbau hält damit an einer Konzeption fest, die die vorhandene Sozialstruktur beibehält. Sie versperrt sich den Erfahrungen aus der Bebauung zum Beispiel auf dem Lerchenberg.

Die CDU verfolgt mit dem Antrag das Ziel einer sozialen Durchmischung. Sie sieht sich damit im Einklang mit dem neuesten „Sozialbericht zur Lage armer und von Armut bedrohter Kinder“. Eine soziale Durchmischung verhindert das Entstehen von Problemvierteln und kann so dazu beitragen, die Entwicklungschancen von Kindern in diesem Gebiet zu verbessern.

Mombach ist einer der Stadtteile, in dem bereits jetzt überdurchschnittlich viele Kinder in Bedarfsgemeinschaften leben. Deshalb bedarf deren Lebensraum einer besonders aufmerksamen Zuwendung. Dies soll durch die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

mit Veränderungssperre ermöglicht werden. Als eine städtebauliche Gegenmaßnahme kommt eine angemessene Durchmischung des Problemgebietes in Betracht.

Für die Neubebauung des Areals an der Suderstraße ist eine attraktive und bunte Mischung aus Mehrfamilien-, Reihen- und Doppelhäusern sowie freistehenden Einfamilienhäusern für den kleinen Geldbeutel vorzusehen. Hier sollen auch junge Familien die Chance haben, erschwinglich zu bauen und so Eigenheimbesitzer zu werden. Auch alten- und behindertengerechte Konzeptionen können umgesetzt werden. Der Charakter der umgebenden Siedlungsbauweise könnte damit behutsam fortentwickelt und mit dem Mehrfamilienhausbau verknüpft werden.

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

Zur Historie:

Mit Antrag **0200/2010 der CDU zur Sitzung des Stadtrats am 10.02.2010** - Bauvorhaben Suderstraße – wurde beantragt zu beschließen:

Das von der Wohnbau Mainz GmbH geplante Bauvorhaben „Suderstraße Nr. 91 ff“ sieht eine Wohnbebauung mit 10 Häuserblocks vor. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gebeten, alternative Bebauungskonzepte anzuregen oder vorzuschlagen, die eine Bebauung des betroffenen Geländes mit Reihenhäusern bzw. Doppelhaushälften oder freistehenden Einfamilienhäusern ganz oder in Teilbereichen ermöglicht. Sämtliche Planungen sind unter dem Vorbehalt der Wirtschaftlichkeit und der Machbarkeit zu sehen.

Die Begründung lautete:

Die geplante Niederlegung eines Wohngebietes zwischen Suderstraße in Verlängerung zu der Straße „Am Mahnes“, „An der Plantage“ und „Lange Lein“ ergibt auf einer Fläche von 17.000 qm die einmalige Gelegenheit, hier neue Strukturen zu entwickeln. Das Abreißen der maroden Häuserblöcke und der Neubau derartiger Baukörper an derselben Stelle kann keine strukturelle Verbesserung der Wohnqualität herbeiführen.

Der gemeinsame **Änderungsantrag** SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Antrag 0200/2010 der CDU-Fraktion lautete: Die Verwaltung wird gebeten, die Vertreter und Vertreterinnen der Wohnbau Mainz GmbH in die nächste Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses einzuladen und ihr geplantes Bauvorhaben „Suderstraße Nr. 91ff“ vorzustellen. Die Vorstellung der Planungen soll sich in ihren Schwerpunkten auf die wirtschaftlichen, strukturpolitischen und sozialen Aspekte des angestrebten Bauvorhabens beziehen. Eine schriftliche **Begründung** mit Darstellung der städtebaulichen und sozialen Zielsetzung hat die Ampelkoalition nicht vorgelegt.

Dr. Andrea Litzenburger
Fraktionsvorsitzende